SCHLESWIG-HOLSTEINISCHER RICHTERVERBAND

verband der richterinnen und richter,
staatsanwältinnen und staatsanwälte

Schleswig-Holsteinischer Richterverband | Dr. Wilfried Kellermann
Harmsstraße 99 - 101 | 24114 Kiel

PRESSESPRECHER

Dr. Wolf Reinhard Wrege
Amtsgericht Norderstedt
Tel. 040/52606-300
wrege@richterverband-sh.de

16.09.2013

Schleswig-Holsteinischer Richterverband schafft eigenen Besoldungsvorstand

Finanzrichter Dr. Frank Engellandt übernimmt neues Vorstandsressort „Dienstrecht und Besoldung“

Aus dem immer härter werdenden Kampf um die Besoldung auch von Richtern und Staatsanwälten hat der Landesrichterverband jetzt eine weitere Konsequenz gezogen: Am vergangenen Freitag hat der Verband durch Änderung seiner Satzung ein neues Schwerpunktressort „Dienstrecht und Besoldung“ geschaffen. Die Aufgabe übernimmt ab sofort der Kieler Finanzrichter ***Dr. Frank Engellandt***.

Engellandt (Jahrgang 1961, verheiratet, 1 Sohn) ist gelernter Banker. Er war zunächst als diplomierter Betriebswirt bei der Deutschen Bundesbank tätig, bevor er seine juristische Ausbildung begann. Nach beiden Examina und Promotion arbeitete er in der Rechtsabteilung eines DAX-Konzerns. Ende 1996 wechselte er als Richter in die Schleswig-Holsteinische Justiz, arbeitete an mehreren Amtsgerichten und wurde im Jahr 2000 zum Richter am Landgericht Kiel ernannt. Bereits ein Jahr später ging er in die Finanzgerichtsbarkeit, in der er seit 12 Jahren als Richter tätig ist, hauptsächlich im Unternehmens- und Körperschaftssteuerrecht. Seit der Föderalismusreform 2006, durch die das Dienstrecht und die Besoldung vom Bund auf die Länder übergegangen sind, bearbeitet Engellandt diese Materien intensiv, sowohl für den Landesrichterverband als auch für den Deutschen Richterbund. Aufgrund seiner langjährigen Erfahrung und herausragenden Kompetenz ist Engellandt inzwischen ein gefragter Gesprächspartner, auch für Ministerien und andere Verbände.

„Ich freue mich sehr“, so der Verbandsvorsitzende ***Dr. Wilfried Kellermann*** vor der Presse in Kiel, „dass wir unsere Arbeit auf diesem Sektor weiter verstärken können. Die Besoldung ist zum Thema Nummer eins geworden. Durch die Föderalismusreform steht der öffentliche Dienst deutschlandweit vor einem Scherbenhaufen. Guter Berufsnachwuchs geht zum Bund und in die reichen Bundesländer, wo es bereits bei der Einstellung bis zu 500 Euro monatlich mehr gibt. Jahr für Jahr und Tarifrunde für Tarifrunde wächst der Abstand. In den ärmeren Ländern kann die Übernahme von Tarifabschlüssen – wir haben es gerade erlebt – allenfalls noch eingeschränkt und nur mit größter Kraftanstrengung erzwungen werden. Und populistische Wahlkampfäußerungen über das Pensionswesen unterstreichen, wohin die öffentliche Stimmung geht. Dagegen wird allein mit Protest nichts auszurichten sein; gefragt sind kluge Strategien und politische Allianzen. In diesem Sinne ist unser neues Vorstandsressort ideal besetzt.“